Ortsverband Oberkotzau

Artikel vom 30.07.2020

CSU zum Bürgergespräch bei Anwohner der Hofer Str.

Hohe Belastung durch Staatsstraße schädigt Häuser der Anwohner

Ortsverband Oberkotzau

- Pressemitteilung -

Ein Anwohner der Hofer Straße Nahe der alten Sparkasse bat Oberkotzaus CSU-Fraktionsvorsitzenden Achim Hager um eine Besichtigung der Schäden an seinem Haus und dem Garagenanbau. Tatsächlich befinden sich auf der Straßenseite und auch auf der Rückseite des Gebäudes zahlreiche Risse. Ein vom Anwohner beauftragter Hofer Architekt bestätigte, dass diese Risse durch die schweren permanenten Erschütterungen durch den Verkehr, denen Mensch und Gebäude täglich ausgesetzt sind, ausgelöst wurden. Die Schwingungen übertragen sich demnach durch den ganzen Baukörper, so dass auch selbst auf der Rückseite der Gebäude die Schäden eingesetzt haben. „Dies ist nur ein kleines Beispiel, was die Anwohner hier seit Jahrzehnten durch- und mitmachen. Solange diese Straße eine Staatsstraße ist und der komplette Durchgangsverkehr, vor allem der Schwerlastverkehr hier rollt, wird es keine Besserung geben. Erschwerend kommt hinzu, dass die Straße mittlerweile in einem jämmerlichen Zustand ist, wie von der CSU bereits im letzten Bauausschuss angesprochen, und zwar nicht nur an wenigen Stellen sondern auf der ganzen Ortsdurchfahrt," so Achim Hager. Dies erhöhe noch das Lärmniveau, weilpermanent in Rillen und tiefe Kanaldeckel gepoltert werde. Die Regierung hatte dem Markt Oberkotzau zugesichert, dass mit Fertigstellung der Umgehung die Hauptstraße komplett auf Kosten des Freistaates erneuert werde und dann an die Gemeinde übergeben werde, so dass diese in eigener Sache diese dann als Ortsstraße weiterentwickeln könne. „Alle Ideen und Vorhaben dieses zentrale Gebiet schöner zu machen und inhaltlich zu beleben, scheitern an diesem unglaublichen Verkehr durch Bayerns am stärksten befahrene Staatsstraße. Wir fordern die Regierung unmissverständlich auf, die Planungen umgehend umzusetzen und endlich für Entlastung zu sorgen. Ein Baubeginn 2024 ist absolut inakzeptabel."